



# Jahres- und Wirkungsbericht 2018



Violence  
Prevention Network

## Vision und Ansatz

Unsere Vision ist es, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter\*innen durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und Teil des demokratischen Gemeinwesens werden, um so Extremismus jeder Art vorzubeugen und zu verhindern.

Violence Prevention Network setzt sich dafür ein, dass Menschen Instrumente und Ressourcen zur Verfügung bekommen, um ihre bisherigen Verhaltensmuster zu reflektieren und zu überwinden. Sie sollen befähigt werden, ein Leben zu führen, in dessen Verlauf sie weder sich selbst noch andere schädigen.

# Inhalt

- 05 Einleitung
- 07 Das gesellschaftliche Problem und der Lösungsansatz
- 16 Ressourcen, Leistungen und Wirkungen im Berichtszeitraum
- 24 Planung und Ausblick
- 26 Organisationsstruktur und Team
- 29 Organisationsprofil
- 32 Finanzen und Rechnungslegung

## Gegenstand des Berichts

### Geltungsbereich

Gegenstand des vorliegenden Berichts ist Violence Prevention Network e.V. (im Folgenden „Violence Prevention Network“). Die Organisation arbeitet mit ideologisch gefährdeten Menschen, deradikalisiert extremistisch motivierte Straftäter\*innen und begleitet sie bei der Re-Integration in das demokratische Gemeinwesen.

### Berichtszeitraum und Berichtszyklus

Berichtszeitraum ist das Geschäftsjahr 2018 vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018. Der Bericht wird jährlich erstellt.

### Anwendung des SRS

Der Bericht wurde am 31.07.2019 unter Anwendung des „Berichtsstandards für Soziale Organisationen“ fertiggestellt. Alle Informationen sind auf dem Stand vom 31.07.2019, soweit sie sich nicht ausschließlich auf das vergangene Geschäftsjahr 2018 beziehen.

### Ansprechpartnerin

Judy Korn

Tel: 030 / 91 70 54 64

Email: [judy.korn@violence-prevention-network.de](mailto:judy.korn@violence-prevention-network.de)



# Einleitung

# Einleitung

## Wir müssen die Kinder schützen

Nur wenige Debatten bewegen die Deutschen zurzeit mehr, als die Frage, wie der deutsche Staat mit den in die Kriegsgebiete ausgereisten, mutmaßlichen deutschen IS-Kämpfer\*innen und ihren Kindern umgehen soll. Laut Bundesamt für Verfassungsschutz sind bis zum März 2019 1.050 Personen in Richtung Syrien und Irak ausgereist – davon sind über ein Fünftel Frauen. 200 Personen sind mutmaßlich in den Kampfgebieten ums Leben gekommen; zwischen 60 und 100 Deutsche befinden sich derzeit in syrischen oder irakischen Gefängnissen. Circa 350 Personen sind mittlerweile wieder nach Deutschland zurückgekehrt und entweder hier in Haft oder unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden. Zu über 110 der bislang zurückgekehrten Personen liegen den Behörden Erkenntnisse vor, wonach sie sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben. Der Nachweis derartiger Aktivitäten bleibt jedoch schwierig. Selbstverständlich müssen diese Personen, sofern sich die Anschuldigungen bestätigen, mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln belangt werden. Die Zahl zurückgekehrter Personen, die bereits verurteilt wurden, bewegt sich im mittleren zweistelligen Bereich.



Einen weiteren Anteil machen Kinder aus, die von ihren Eltern in die Kampfgebiete mitgenommen wurden oder dort zur Welt gekommen sind. Diese Kinder bedürfen eines besonderen Schutzes. Sie sind Opfer ihrer Eltern und deren ideologischer Weltbilder geworden. Sie dürfen nicht als Täter\*innen behandelt und damit zu mutmaßlichen Terrorist\*innen gemacht werden. Über die Zahl der Kinder, die zurzeit in ehemaligen IS-Gebieten bzw. in kurdischen, syrischen oder irakischen Gefängnissen einsitzen, gibt es keine verbindlichen Zahlen. Es könnten aber mehrere Tausend Kinder unterschiedlicher Nationalitäten sein, die dort ohne eigenes Verschulden unter schlimmsten Bedingungen leben. Auch wenn es von den Eltern unverantwortlich war, ihre Kinder den Gefahren und Risiken eines Kriegsgebietes auszusetzen, müssen wir unsere Verantwortung als Staat wahrnehmen und diese Kinder - und zum Wohle der Kinder auch ihre Eltern - zurückholen. Der vergleichsweise kleinen Zahl von 350 Rückkehrer\*innen steht auf der anderen Seite ein sich in Deutschland befindliches islamistisches Personenpotenzial von mehr als 25.000 Personen gegenüber, die zu einem nicht unerheblichen Anteil gewaltbereit sind.

Violence Prevention Network zeigt seit 15 Jahren durch seine immer wieder evaluierte Arbeit, dass es möglich ist, auch Menschen, die schwere und schwerste Straftaten begangen haben, wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Fast 2.000 Straftäter\*innen konnte so seit 2004 eine neue Perspektive für ein Leben gegeben werden, in dem sie weder sich noch andere schädigen. Indem wir als Gesellschaft die Verantwortung für die Resozialisierung von Menschen übernehmen, die extremistische Einstellungen haben, geben wir ihnen die Verantwortung für ihr eigenes Leben zurück. Ungeachtet dessen, ob es sich um rechtsextremistische oder islamistische Täter\*innen handelt, haben wir als Gesellschaft diese Menschen hervorgebracht. Die Taten, die sie hier oder in weit entfernten Kriegsgebieten begehen, gehen uns daher alle an. Es sollte in unserem eigenen Interesse liegen, unsere Gesellschaft zu schützen, indem wir mit extremistischen Täter\*innen arbeiten, anstatt sie zu stigmatisieren.

*Judy Korn und Thomas Mücke  
Juli 2019*



**Das gesellschaftliche  
Problem und der  
Lösungsansatz**

## Das gesellschaftliche Problem und der Lösungsansatz

### Das gesellschaftliche Problem

Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einem zunehmenden Prozess der Polarisierung. Vermehrt werden Normen und Werte grundsätzlich in Frage gestellt, während extremistische Akteur\*innen aus allen Richtungen versuchen, den Diskurs durch immer spektakulärere Äußerungen oder gar Taten zu dominieren. So sehen sich vor allem junge Menschen vermehrt Anwerbungsversuchen sowohl von Gruppierungen aus dem rechtsextremistischen, als auch dem islamistischen und salafistischen Spektrum ausgesetzt. Nach dem zumindest physischen Zerfall des sog. Kalifats in Syrien und dem Irak ist die deutsche Gesellschaft zudem mit einer stetig ansteigenden Zahl von Rückkehrer\*innen konfrontiert, die nun, im Gegensatz zu nur noch sehr vereinzelt Ausreisenden, die Kernproblemlage bilden. Darunter werden auch im Herrschaftsgebiet des sog. IS aufgewachsene oder geborene Kinder und Jugendliche sein, die von frühester Kindheit Gewalterfahrungen ausgesetzt waren und denen die Gegebenheiten der deutschen Gesellschaft völlig fremd sind. Mit einer steigenden Zahl von Rückkehrer\*innen wird voraussichtlich auch die Zahl verurteilter und in deutschen Gefängnissen ihre Haft absitzender, extremistisch motivierter Gewalttäter\*innen steigen. Diese laufen in Haft Gefahr, sich weiter zu radikalisieren. Extremist\*innen in deutschen Haftanstalten bilden zum Teil Netzwerke und steuern kriminelle Aktivitäten über die Gefängnismauern hinweg. Andererseits bietet die Extremsituation des Haftkontexts auch Anknüpfungspunkte und Chancen zur Deradikalisierung, die wahrgenommen werden müssen.

Diese Ausgangslage wird von extremistischen Gruppierungen jeglicher Couleur gezielt ausgenutzt. Es hat ein gegenseitiger Befeuerungsprozess eingesetzt, dessen Ziel, nämlich die Spaltung der deutschen Gesellschaft, allen extremistischen Akteur\*innen gleichermaßen dabei hilft, Anhänger\*innen zu werben und ihre Positionen zu verfestigen.

### Ausmaß des Problems

#### Rechtsextremismus

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ wurden 2018 laut Verfassungsschutzbericht 19.409 Straftaten (2017: 19.467) mit extremistischem Hintergrund erfasst. Mit 1.088 Gewalttaten ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im Vergleich zum vorherigen Berichtsjahr um 3,2% gestiegen (2017: 1.054). Die Zahl der versuchten Tötungsdelikte stieg von vier im Jahr 2017 auf sechs im Berichtsjahr, wobei sie ausnahmslos eine fremdenfeindliche Motivation aufwiesen. Die Zahl der fremdenfeind-

lichen Gewalttaten stieg um 6,1% auf 821 Delikte an (2017: 774). Das rechtsextremistische Personenpotenzial liegt bei 24.100 Personen (2017: 24.000). Als gewaltorientiert werden hiervon wie im vorherigen Berichtsjahr 12.700 Personen eingestuft – also mehr als jede\*r zweite Rechtsextremist\*in.

Laut einer vertraulichen Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz (s. *Die Welt vom 28.04.2019*) warnt das BfV mittlerweile vor einer steigenden Gefahr, die von gewaltbereiten Rechtsextremist\*innen ausgeht. Als Motor für Radikalisierung, Mobilisierung und Konspiration gelten die gesellschaftlichen Themen „Asyl“, „Migration“ und „Islam“. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten ist dabei sicher nur die Spitze des Eisberges. Laut *Welt* haben die Behörden Hinweise darauf gefunden, dass sich Rechtsextreme auf ein „Bürgerkriegsszenario“ und den befürchteten Zerfall der „öffentlichen Ordnung“ vorbereiteten. Diese Entwicklung und die zuvor beschriebene neue Gewaltdimension on- und offline stehen sinnbildlich für die Akzeptanz von Thesen und Ansichten in der Mitte der Gesellschaft, die zuvor nur bei politischen Randgruppen vermutet wurden. Auch jenseits von Straftaten verfestigt sich problematisches politisches Gedankengut inmitten des politischen Systems Deutschlands. Dies bedeutet eine Bedrohung des pluralistischen Gesellschaftsmodells, die sich als ungleich größer herausstellen könnte, als die ohnehin schon kritisch angestiegene Gewalttoleranz.

Auch die Verurteilungen u. a. der sog. Gruppe Freital sowie Ermittlungen und Verfahren gegen mindestens fünf weitere Gruppierungen im Kontext Rechtsterrorismus machen deutlich, dass rechtsextreme und sogar rechtsterroristische Gewalt(täter\*innen) die Bundesrepublik noch lange beschäftigen werden. Dies ist insbesondere deshalb besorgniserregend, da sich viele dieser Vereinigungen aus Personen zusammensetzen, die bisher nicht einschlägig bekannt und in rechten Kreisen wenig vernetzt waren wie man im August 2018 an den Demonstrationen und dem dort mobilisierten Personenpotenzial der als rechtsextremistisch eingestuften „Bürgerbewegung PRO CHEMNITZ“ sehen konnte. Solche Entwicklungen verdeutlichen das drastische Radikalisierungspotenzial des Rechtsextremismus in Deutschland und die Gefahr, die von einer sich gegenseitig befeuernden Spirale aus islamistischem und Rechtsextremismus ausgeht.

Ein erstmals durch den Verfassungsschutz statistisch erfasstes, aber dadurch nicht weniger besorgniserregendes Problem stellen die sog. Reichsbürger\*innen bzw. „Selbstverwalter\*innen“ dar. Die gesamte Szene ist als staatsfeindlich einzustufen. Deutschlandweit

sind der Szene im Jahr 2018 etwa 19.000 Personen (2017: 16.500) zuzurechnen. Der Frauenanteil von 25% ist im Vergleich zur rechtsextremistischen Szene erkennbar höher. Bei circa 950 Szenemitgliedern handelt es sich um Rechtsextremist\*innen (2017: 900). Insbesondere in diesem rechtsextremistischen Teil der Szene sind mitunter antisemitische Ideologieelemente und Argumentationsmuster zu beobachten.

Auch im Internet nimmt die Zahl rechtsextremer Straftaten weiterhin zu. Das Bundeskriminalamt attestiert eine zunehmende sprachliche Verrohung und das hieraus resultierende Potenzial, individuelle Radikalisierung zu unterstützen. Die Verrohung des Diskurses im Internet ist, einhergehend mit der gestiegenen Anzahl tatsächlich strafrechtlich relevanter Hasskriminalität online, nur eines der vielen Symptome der gesellschaftlichen Polarisierung, die sich bereits in den letzten Jahren abzeichnete und sich nun zu verfestigen scheint.

### Islamismus

Innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren hat sich das Personenpotenzial im Bereich islamistischer Terrorismus von rund 14.000 Personen in 2015 auf 25.810 Personen in 2017 nahezu verdoppelt. In 2018 ist die Zahl nochmals leicht auf 26.560 Personen angestiegen. Trotz des Zusammenbruchs des IS-„Kalifats“ ist die Szene laut Verfassungsschutzbericht in Deutschland und anderen westlichen Staaten weiterhin existent. Dies zeigt sich besonders deutlich im Internet. Die Ideologie des sog. IS hat das Ende des IS-„Kalifats“ überdauert und existiert insbesondere in Form von dschihadistischer Propaganda fort, die von einer großen Sympathisant\*innenszene konsumiert und weiter verbreitet wird.

Im Vergleich zu den vormals starken Ausreisebewegungen in Richtung der Kriegsgebiete des sog. IS konnten 2018 kaum noch Ausreisen verzeichnet werden. Von den insgesamt rund 1.050 Personen, die in Richtung Syrien und Irak reisten, um sich dort islamistisch-terroristischen Vereinigungen anzuschließen, kehrte bis März 2019 gut ein Drittel wieder nach Deutschland zurück. Konkrete Hinweise auf die Teilnahme an Kampfhandlungen liegen den Sicherheitsbehörden über gut 110 dieser Rückkehrer\*innen vor. Zwischen Januar und August 2017 forderte der islamistische Terror laut BfV in 21 Attentaten 384 Ermordete und über 900 Verletzte (Ausgewählte Zahlen für Europa). Taten, die von einer vergleichsweise kleinen Personenzahl verübt wurden. Diese Zahlen illustrieren die besondere Brisanz, die von wenigen islamistischen Attentäter\*innen ausgeht und unterstreichen somit die Gefährdung, die die dynamisch anwachsenden Zahlen islamistischer Extremist\*innen darstellt.

Perspektivisch könnten Rückkehrer\*innen laut Bundesamt für Verfassungsschutz als „Veteranen des Kalifats“ neue Dynamiken in der

salafistischen Szene in Deutschland auslösen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf den dschihadistischen Familienverbänden, in denen Kinder und Jugendliche in das geschlossene Weltbild quasi hineinwachsen (dschihadistische Sozialisation).

Islamistische Radikalisierung in Haftanstalten ist laut Verfassungsschutzbericht nicht nur für die Justiz, sondern auch für die Sicherheitsbehörden ein relevantes Thema, insbesondere da aufgrund einer Vielzahl von Verfahren in jüngerer Zeit die Zahl der Inhaftierten und perspektivisch die Zahl von Haftentlassenen zunehmen wird.

### Ursachen und Folgen des Problems

Die Suche nach der „Wurzel“ von Radikalisierung und Extremismus bleibt seit vielen Jahren erfolglos. Forschung und Praxis kommen nicht umhin festzustellen, dass die eine Ursache oder der eine Auslöser für solche Prozesse nicht existieren. Individuelle Radikalisierung entwickelt sich stets im Spannungsfeld einer Vielzahl von Faktoren bzgl. des gesellschaftlichen und politischen Kontexts sowie persönlichen Erfahrungen und Bedürfnissen.

Zwar kommen junge Straftäter\*innen, die Gewalttaten aus Hass verüben, häufig aus dysfunktionalen Familien. Gewalttätige Verhaltensmuster sind ihnen oftmals von klein auf bekannt. Frühe Desintegrationserfahrungen, fehlende Bildung und Anerkennung sowie als persönliches Versagen erlebte Lebens- und Identitätskrisen können in der Folge zur Flucht in radikalisierte Gruppen, die einfache Lösungen anbieten, beitragen. Dennoch greift der alleinige Fokus auf mögliche frühe Konflikterfahrungen oder eine schwache soziale Lage radikalierter Personen zu kurz. So zeigen gerade die Entwicklungen der letzten Jahre, dass sich nur allzu häufig auch gesellschaftlich gut verwurzelte Personen extremistischen Ideologien oder Gruppen zuwenden. Die vereinfachte Unterstellung einer Kausalität von prekärer gesellschaftlicher Position und Radikalisierung ist also unzureichend. Dies muss auch von der Praxis stärker widerspiegelt werden.

In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und Spaltung auch der „Mitte der Gesellschaft“, die als Nährboden für alle Arten von Extremismen fungieren, müssen die bisherigen Ansätze, um eine gesamtgesellschaftliche Komponente ergänzt werden. Nur so können sie den neuen Herausforderungen gerecht werden.

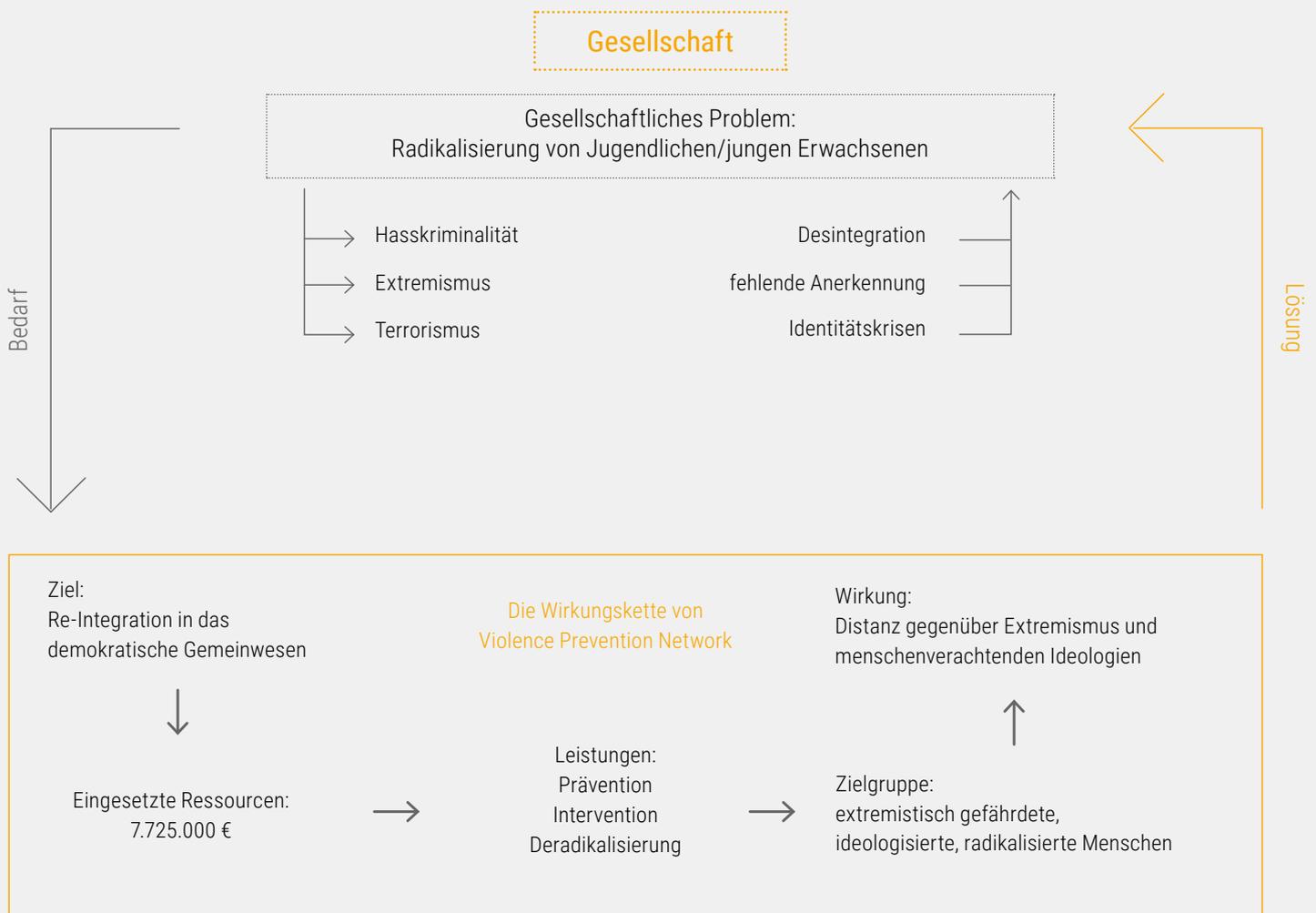
### Bisherige Lösungsansätze

Sich rasant verändernde gesellschaftliche Gegebenheiten fordern eine schnelle Reaktion der Praxis der Extremismusprävention. Einzelne, punktuelle Ansätze, die erst dann greifen, wenn bereits eine

(Teil-) Radikalisierung von Individuen oder Gruppen stattgefunden hat, müssen dringend um großflächige, langfristige Konzepte der Primärprävention sowie die Stärkung der Regelstrukturen der Kinder und Jugendhilfe ergänzt werden. Auch der Ausbau von Wissen um die unterschiedlichen Zielgruppen muss, dem Gegenstand angemessen, weiter vorangetrieben werden. Hierzu zählt unter anderem das Wissen um die Methoden, wie Zielgruppen zu erreichen und Veränderungsprozesse bei ihnen herbeizuführen bzw. wahrzunehmen sind. In der Praxis wird seit Jahrzehnten erfolgreich gearbeitet. Diese Erfahrung muss endlich in die Forschung einfließen, um daraus wiederum Ansätze für neue, veränderte Problemlagen zu schaffen.

Eine solche fokussierte Forschung und experimentelle Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze in diesem Bereich existieren bislang nur bruchstückhaft. Dennoch priorisieren universitätsbasierte Forschungseinrichtungen nach wie vor die Ursachenforschung. Ein Ausdruck dessen, dass sie von den tagtäglichen Herausforderungen, mit denen sich Fachkräfte im berufsbedingten Umgang mit radikalisierten Menschen konfrontiert sehen, weit entfernt sind. Auch die Gefahren einer Unterstützung von Radikalisierungen durch Online-Angebote extremistischer Gruppen werden nach wie vor unterschätzt. Auch hier kann Forschung, die die Erfahrung der Praxis in Konzeption und Durchführung berücksichtigt, wertvolle Impulse setzen.

### Der Lösungsansatz



Um dem oben geschilderten gesellschaftlichen Problem auf allen Ebenen begegnen zu können, hat Violence Prevention Network einen dreistufigen Lösungsansatz entwickelt.

### Prävention

In der Präventionsarbeit geht es darum, Jugendliche, die gefährdet sein könnten, sich religiös oder politisch zu radikalieren, schon frühzeitig in einen interkulturellen und interreligiösen Dialog zu bringen und ihr Wissen, z. B. über den Islam, aber auch über Demokratie und Menschenrechte in Workshops zu erweitern. Ähnliche Workshops und Maßnahmen werden ebenfalls in lokalen Kontexten angeboten, in denen für junge Menschen die Gefahr der Radikalisierung in Richtung Rechtsextremismus besteht.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Prävention ist die Fortbildung von Multiplikator\*innen (Lehrpersonal, Fachpersonal der Kinder und Jugendhilfe, Polizei etc.) im Umgang mit Extremismus und Fundamentalismus in Schule und Beruf.

### Radikalisierungsprävention Online

Violence Prevention Network baut den Bereich der „Radikalisierungsprävention Online“ kontinuierlich weiter aus, da der Tatsache, dass das Internet einen entscheidenden Katalysator für Radikalisierungsprozesse darstellt, bisher in der Präventionsarbeit nicht genug Rechnung getragen wird. Für Jugendliche sind das Internet bzw. die Sozialen Medien sehr wichtige Austausch-, Recherche- und Informationsplattformen. Die Quelle, aus der die jeweilige Information stammt, ist dabei eher zweitrangig; wichtiger ist beispielsweise, welche Position sie im Ranking der Google-Suchergebnisse belegt. Da die Jugendlichen größtenteils nicht in der Lage sind, die Seriosität der Quelle zu bewerten, ist dies eine perfekte Disseminationsmöglichkeit zur Verbreitung von extremistischen Ideologien. Violence Prevention Network verfolgt daher einen Ansatz, der bei Erkennen einer Radikalisierung eine reale Kontaktaufnahme zwischen Gefährdeten und Spezialist\*innen der Deradikalisierungsarbeit anstrebt. Hierbei ist es notwendig, innovative Ansätze der Ansprache, Kontaktaufnahme und Interventionsarbeit zu erproben. Ein besonderer Fokus wird auf die Verschränkung von Online- und Offline-Maßnahmen gelegt.

### Intervention

Die „Deradikalisierung im Strafvollzug“ richtet sich gezielt an extremistisch motivierte Gewalttäter\*innen im Strafvollzug. Mit einem mehrmonatigen Deradikalisierungstraining in Haft und einem anschließenden Stabilisierungscoaching nach der Entlassung von bis zu einem Jahr werden die Teilnehmer\*innen dazu befähigt, sich wieder in das demokratische Gemeinwesen zu integrieren. Darüber hinaus werden als Kurzzeitmaßnahme passgenaue Workshop-Reihen für radikalierungsgefährdete Inhaftierte sowie Fortbildungen für das Vollzugspersonal angeboten.

### Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung

Die Deradikalisierungsarbeit setzt dann an, wenn der Grad der Radikalisierung sehr weit fortgeschritten ist und die Gefahr besteht,

dass junge Menschen sich und andere gefährden, z. B. durch eine Ausreise in ein Kriegsgebiet oder nach der Rückkehr aus einem Kriegsgebiet, wie z. B. Syrien. Violence Prevention Network verfügt aufgrund seiner von Beginn an auf diesen Themenbereich ausgerichteten Spezialisierung über jahrelange Erfahrungen im Umgang mit radikalisierten jungen Menschen und versteht es, Mitglieder dieser Szenen anzusprechen, mit ihnen in den Dialog zu treten, sie zu Veränderungen zu motivieren und Distanzierungsprozesse zu menschenverachtenden Ideologien auszulösen. Neben der direkten Arbeit mit den Radikalisierten werden gezielt auch deren Eltern und Angehörige in die Deradikalisierungsarbeit einbezogen.

### Leistungen (Output) und direkte Zielgruppen

#### Prävention

Die Projekte **Teach2Reach** und **MAXIMA** wurden durch die Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“ weiterfinanziert. Auch 2018 führten die Kolleg\*innen Islam-Workshops, Nahost-Workshops, Interreligiöse Workshops und Workshops zur Politischen Bildung für Jugendliche der Jahrgangsstufen 9 und 10 (und darüber hinaus) sowie Fortbildungen für Multiplikator\*innen (Lehrpersonal, Fachpersonal der Kinder- und Jugendhilfe, Polizei etc.) durch. Mit dem Projekt MAXIMA gibt es zusätzlich ein Angebot an Informations- und Aufklärungsveranstaltungen speziell für Mädchen und jungen Frauen.

**Beratung im Themenfeld Geflüchtete** – Immer häufiger werden Geflüchtete zur Zielgruppe von Anwerbeversuchen aus dem salafistischen Milieu. Menschen, die ehrenamtlich oder hauptberuflich mit Geflüchteten arbeiten sind dem dauerhaften Risiko ausgesetzt, potenzielle Rekrutierungsversuche und Radikalisierungstendenzen nicht rechtzeitig erkennen und unterbinden zu können. Oft mangelt es den Betroffenen an Kompetenz in der Identifizierung von und Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus. Angefangen mit einem Beratungstelefon zur individuellen Fallabklärung über fallbezogene Coachings und themenspezifische Präventionsworkshops adressiert Violence Prevention Network diesen Bedarf über die Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Netzwerk von Beratungsstellen. Das umfangreiche Angebot - finanziert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge -, das den spezifischen Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten Rechnung trägt, ist darauf angelegt, Menschen und Institutionen im Umgang mit Geflüchteten zu sensibilisieren, islamistischen Radikalisierungsprozessen vorzubeugen und ggf. frühzeitig zu intervenieren. In diesem Rahmen agiert auch das seit 2016 bestehende Projekt AL-MANARA zur Beratung und Begleitung von Geflüchteten, finanziert durch die Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“.

Mit dem Modellprojekt **Den Extremismus entzaubern!** konnte der Schwerpunkt Präventionsarbeit im Sinne des Berliner Ansatzes in der Beratungsstelle Hessen (s. u.) weiter ausgebaut werden.

Im Rahmen des Projektes **„Early Birds“- Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter**, gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ und kofinanziert durch das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, führt Violence Prevention Network Workshops und Mentor\*innen-Qualifizierungen für pädagogisches Fachpersonal in Sachsen durch, um die Handlungskompetenz von Fachkräften im Umgang mit rechts-extremistisch orientierten Eltern zu stärken.

In Berlin wurde die **BAHIRA Beratungsstelle** für Jugendliche, deren Eltern und Angehörige sowie für Mitglieder der Community und andere Moscheegemeinden auch nach dem Auszug aus dem Standort Şehitlik Moschee weitergeführt. Die Beratungsstelle ist ein Modellprojekt, das erstmals verschiedene Akteure in der Radikalisierungsprävention zusammenführt. In Fällen von fortgeschrittener Radikalisierung können die Kolleg\*innen von BAHIRA die Klient\*innen an die Beratungsstelle KOMPASS weiterleiten (s. u.).

Das Projekt **Teach2Teach - Fortbildung und Qualifizierung für Fachkräfte im Bereich der Radikalisierungsprävention im Rechts-extremismus** widmet sich dem in seiner gegenwärtigen Virulenz neuen Phänomen des Rechtspopulismus in Deutschland. Im Rahmen des Projekts werden zunächst gemeinsam mit Expert\*innen der Radikalisierungsprävention Radikalisierungstrends im Bereich des Rechtspopulismus systematisch beobachtet und bewertet. Darauf aufbauend werden in einem interdisziplinären Team Ideen und Ansätze erarbeitet und im Anschluss im Projektteam zu schlüssigen Qualifizierungs- und Workshop-Konzepten weiterentwickelt.

#### *Radikalisierungsprävention Online*

Im Projekt **Islamist – Radikalisierungsprävention Online**, finanziert von der Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“, werden jugendliche Muslim\*innen und Nicht-Muslim\*innen über ein Q&A-Portal ([www.islam-ist.de](http://www.islam-ist.de)) sowie zahlreiche mediale Angebote mit dem Thema Islam vertraut gemacht. Das Online-Angebot wird ständig erweitert und greift gesellschaftspolitische Strömungen auf. Neben dem ausführlichen Glossar und dem umfangreichen Videoportal, gibt es verschiedene Möglichkeiten, mit dem Team Kontakt aufzunehmen.

Im Rahmen des Projekts **ON/OFF PREVENT - Radikalisierungsprävention im On- und Offline-Sektor** beobachtet und bewertet ein interdisziplinäres Team von Expert\*innen Online-Radikalisierungstrends im Bereich des islamistischen Extremismus, um aus den gewonnenen Erkenntnissen innovative Handlungsmöglichkeiten für

die Online-Prävention und -Intervention abzuleiten. Diese Ansätze werden in Form von Inhalten (z. B. Texten, Bildern, Videos) und Applikationen digital aufbereitet und auf zielgruppenrelevanten Kanälen distribuiert. Ziel ist es, durch die im Projekt entwickelten digitalen Maßnahmen Online-Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen entgegenzuwirken.

Kernstück des Projektes **ON/OFF DERAD – On- und Offline-Interventionen zur Deradikalisierung über soziale Medien** bilden Aufmerksamkeit erregende Botschaften, die mit Unterstützung des Werbeanzeigenmanagers von Facebook direkt in die Newsfeeds der Nutzer\*innen gespielt werden, um daraufhin eine Reaktion der angesprochenen Nutzer\*innen hervorzurufen. Die Ausspielung der Botschaften erfolgt hierbei an eine zuvor durch verschiedene Zielgruppenoptionen - wie Standort, benutztes Gerät oder demographische Daten - definierte Zielgruppe. Die ausgespielten Botschaften laden die Nutzer\*innen zur Interaktion mit dem Absender ein – in diesem Fall ein eigens für diesen Zweck kreiertes Facebook-Profil. Im März 2018 wurde dieses Projekt mit einem 40-seitigen Abschlussbericht planmäßig beendet.

**Salam2You - Politische Bildung und Teilhabe junger Menschen im Kontext Soziale Medien** ist ein Online-Präventionsprojekt ([www.salam2you.de](http://www.salam2you.de)), das speziell auf die Zielgruppe engagierter und interkulturell interessierter Jugendlicher abzielt. Eine Jugendredaktion kreiert dabei spannende und kreative Inhalte für Gleichaltrige im Internet (z. B. Videos für YouTube). Medienaffine Jugendliche haben in diesem Projekt die Möglichkeit, ihre Alltagsfragen zu stellen, sich auszutauschen und der Öffentlichkeit ihren Standpunkt auf kreative Weise mitzuteilen.

#### *Intervention*

2015 wurde Violence Prevention Network vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* beauftragt, die Strukturen im Themenfeld der Deradikalisierung im Strafvollzug in Deutschland weiterzuentwickeln. Seit 2017 werden im Programmbereich **Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe** bundesweit Programme umgesetzt. In Zusammenarbeit mit den kooperierenden Trägern koordiniert Violence Prevention Network die gemeinsame Entwicklung bundesweiter Standards und Qualitätskriterien für Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Darüber hinaus veranstaltet Violence Prevention Network regelmäßig themenspezifische Fachtage und Informationsveranstaltungen. In Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen ist Violence Prevention Network im Phänomenbereich religiös begründeter Extremismus mit Gruppen- und Einzeltrainings sowie Präventions-Workshops und Fort-

bildungen tätig. Der Phänomenbereich Rechtsextremismus wird in den Bundesländern Brandenburg, Hessen, Sachsen und Thüringen von Violence Prevention Network im Verbund mit anderen Trägern abgedeckt.

#### *Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung*

Im Rahmen des trägerübergreifenden und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) koordinierten Projektes **„Beratungsstelle Radikalisierung – Beratung für Angehörige im Kontext Islamismus“** koordiniert Violence Prevention Network seit 2017 die Erstellung von Qualitätsstandards für die Beratung von Eltern bzw. Angehörigen von radikalisierten jungen Menschen. Die Handreichung „Standards in der Beratung des sozialen Umfelds (mutmaßlich) islamistisch radikalisierten Personen“ erschien im Januar 2019.

Die Arbeit der **Beratungsstellen** mit Standorten in Berlin, Dresden, Erfurt, Frankfurt, Kassel, München und Stuttgart konnte mit Maßnahmen in den Bereichen Prävention (Workshops an Schulen und Fortbildungen für Multiplikator\*innen), Intervention (Deradikalisierungstrainings und Präventions-Workshops im Strafvollzug) und Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung sowie Beratung von Eltern erfolgreich weitergeführt werden.

Die **Beratungsstelle KOMPASS**, finanziert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Inneres in Berlin, für islamistisch Radikalisierte, Ausreisewillige und Rückkehrer\*innen sowie deren Eltern und Angehörige wurde weitergeführt.

Im Projekt **CROSSROADS** konnte Violence Prevention auch in 2018 Menschen, die rechtsextrem gefährdet bzw. radikalisiert sind, beim Ausstieg begleiten, deren Angehörige beraten sowie zahlreiche Fortbildungen und Workshops zum Thema für Schulklassen und Multiplikator\*innen durchführen.

#### *Öffentlichkeitsarbeit*

Die Themen Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismusprävention hatten 2018 aufgrund von höheren Rückkehrzahlen sowie weltweit erfolgten Terrorakten weiterhin eine große Präsenz in den Medien, was erneut eine breite Berichterstattung über die Aktivitäten von Violence Prevention Network auslöste. Insgesamt gab es 7 Fernsehberichte, 5 Radioreportagen bzw. -interviews sowie 89 Beiträge in Print oder Online-Medien, davon drei in internationalen Medien.

#### *Internationale Vernetzung und Zusammenarbeit*

Seit 2015 leitet Violence Prevention Network im Rahmen des Radicalisation Awareness Network (RAN) der Europäischen Kommission zusammen mit EXIT Schweden die Working Group „Exit“. Besondere Anliegen sind hierbei der Transfer von Wissen und Expertise von

europäischen Ländern mit mehr Erfahrungsschatz in Länder mit Bedarf. Darüber hinaus geht es bei der Arbeit darum, Netzwerke zu knüpfen und Möglichkeiten der formellen und informellen Vernetzung zu schaffen. Das gilt einerseits für Praktizierende untereinander, aber auch zwischen Praktizierenden und anderen Stakeholdern und Entscheidungsträger\*innen.

Für europäische Ansätze engagiert sich Violence Prevention Network in den Projekten **European Practice Exchange (EPEX)** und **Preventing Radicalisation through Probation and Release (PREPARE)**. Im Rahmen der internationalen Politikberatung bringt Violence Prevention Network Ergebnisse der Praxisarbeit in verschiedene internationale Gremien und Organisationen ein, z. B. UN, OSCE, Europäische Kommission und andere, bzw. in Think Tanks und Forschungsinstitute wie Hedayah oder das Global Center for Cooperative Security.

#### *Intendierte Wirkungen (Outcome/Impact) auf direkte und indirekte Zielgruppen*

##### *Prävention*

Ziel der Präventionsarbeit von Violence Prevention Network ist die Förderung der Dialogfähigkeit und Toleranz zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund, der Abbau von Vorurteilen und Stereotypen, die Verhinderung von weiterer Desintegration und Radikalisierung bei gefährdeten jungen Menschen, die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins sowie die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe. Konkretes Ziel der Workshops an Schulen für 9. und 10. Klassen (und darüber hinaus) ist es, die Jugendlichen durch eine „Grundimmunisierung“ gegen die Anwerbungsversuche von Rechtsextremist\*innen, Salafist\*innen oder Hasspredigern zu stärken und eventuelle Radikalisierungskarrieren zu verhindern. Eine externe Prozessevaluation aus dem Jahre 2017 hat anhand von Befragungen der beteiligten Jugendlichen sowie des Lehrpersonals die gewünschte Wirkung bestätigt.

Das übergreifende Ziel der Multiplikator\*innenfortbildungen besteht in der Vermittlung der Fähigkeit, extremistische Argumentationsweisen zu erkennen und mögliche Strategien zur Auflösung dieser Argumentationsweisen im Dialog mit extremistisch gefährdeten Jugendlichen zu entwickeln. Der Schwerpunkt wird auf praxisrelevante pädagogische Denk- und Verhaltensweisen gelegt. Die unmittelbare Begegnung mit den ideologisierten Menschen ist zwar alltäglich, aber nicht der bewusste Dialog oder die gewollte Kommunikation. Hierzu sollen neue Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Mit der Fortbildung wird ein weiterentwickeltes Verständnis für die eigene Berufsrolle angestrebt, das einen Dialog mit Menschen, die extremistische Denkmuster aufzeigen, ermöglicht.

### *Radikalisierungsprävention Online*

Die zunehmende Bedeutung von Online-Kommunikation und Sozialen Medien für die Verbreitung von ideologischer Propaganda extremistischer Gruppierungen sowie für die Vernetzung mit und Rekrutierung von Jugendlichen ist ein Problem von wachsender Bedeutung. Das durch das Internet veränderte Kommunikationsverhalten von Jugendlichen stellt auch die Praxis der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung vor neue Herausforderungen. Die zielgruppenspezifischen, multimedialen Online-Angebote von Violence Prevention Network zielen darauf ab, mit Jugendlichen in den Dialog zu treten und, wo nötig, Deradikalisierungsprozesse in Gang zu setzen. Multiplikator\*innen werden durch Qualifizierungen in die Lage versetzt, Arbeitsbeziehungen zu radikalierungsgefährdeten bzw. bereits radikalisierten Klientelen herzustellen.

### *Intervention*

Violence Prevention Network hat mit der „Deradikalisierung im Strafvollzug“ und der Methode der Verantwortungspädagogik® einen Deradikalisierungsansatz entwickelt, der die Re-Inhaftierungsquote extremistisch motivierter Gewalttäter\*innen deutlich senkt und damit die Zahl der Opfer und die Kosten für die Allgemeinheit erheblich reduziert. Das Innovative an diesem Ansatz der Deradikalisierung ist die Kombination aus politischer Bildungsarbeit und Anti-Gewalt- und KompetenzTraining (AKT®) sowie der Hinterfragung der Tat, der Rechtfertigungsmuster und der Motive. Der Aufbau von Kommunikations-, Beziehungs- und Konfliktlösungsressourcen für eine eigenverantwortliche, gewaltfreie, positive Zukunftsplanung stellt dabei den Schlüssel für eine erfolgreiche (Re-)Integration in die Gesellschaft und die Distanzierung von Extremismus und menschenverachtenden Ideologien dar. Der Erfolg dieses Programms wurde bereits 2012 durch eine Abfrage im Bundeszentralregister im Rahmen einer externen Evaluation festgestellt.

### *Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung*

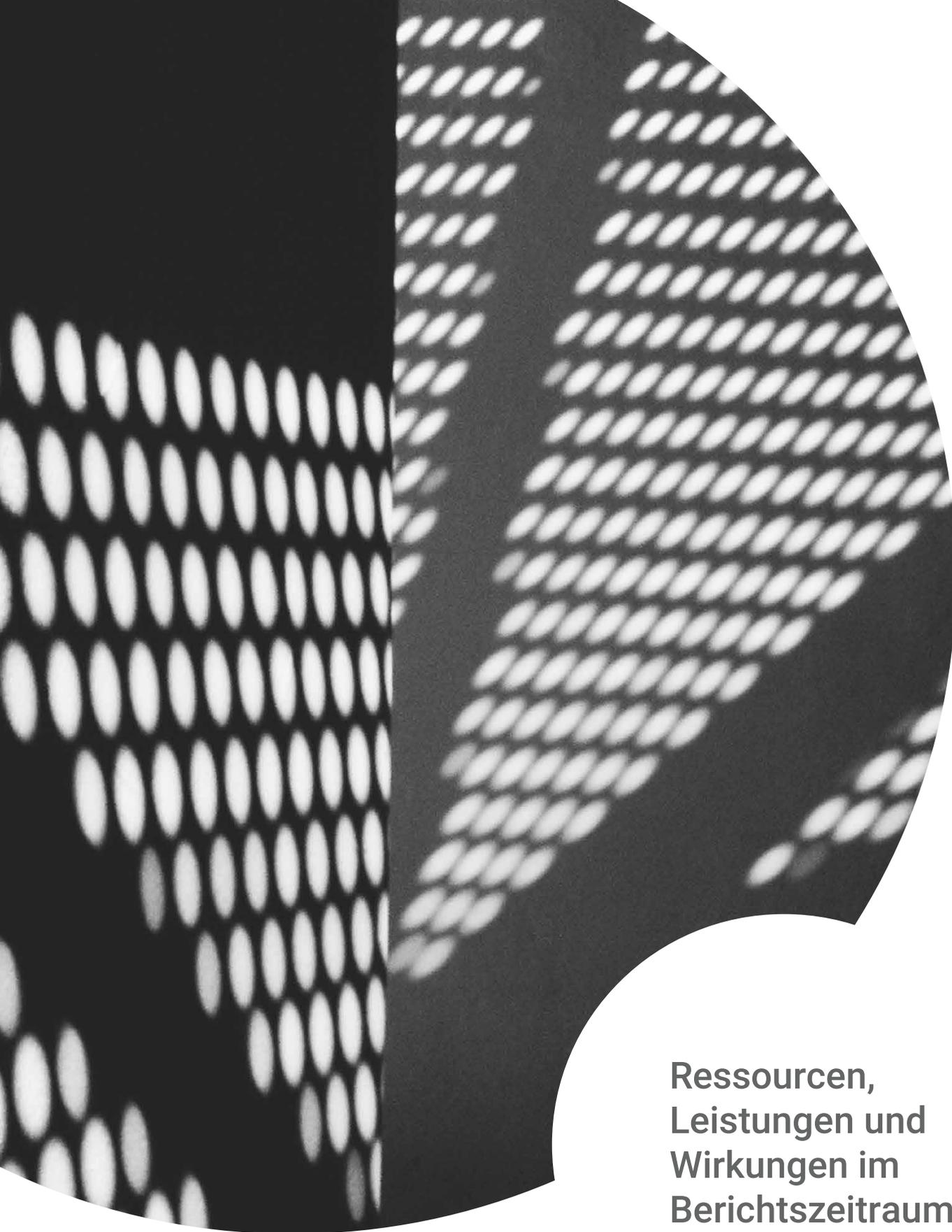
Hauptziel der Beratung von Angehörigen im Kontext Islamismus ist es, die erzieherische Präsenz und die Kommunikations- und Konfliktfähigkeit der Eltern (bzw. des näheren Umfeldes) zu stärken, damit

wieder eine tragfähige und belastbare Beziehung zwischen Eltern und Kindern entsteht. Entsprechend lautet das Ziel, durch die Beziehungsstabilisierung den Beginn von Deradikalisierungsprozessen zu ermöglichen. Gerade in der Zusammenarbeit mit Eltern ist es zudem das Ziel, diese persönlich zu stärken sowie ihren Ängsten, Selbstvorwürfen und ihrer Ratlosigkeit Raum zu geben. Durch fundierte Fachinformation und methodensichere Beratung wird ein Kontext geschaffen, der es den Eltern möglich macht zu erkennen, wie der Radikalisierungsprozess ihres Kindes entstehen konnte und welche Handlungsmöglichkeiten sie in der Herstellung einer tragfähigen und belastbaren Beziehung haben. Sie werden aber zudem in die Lage versetzt zu realisieren, dass ein solcher Umkehrungsprozess lange Zeit braucht und Rückschläge zu erwarten sind.

Hauptziel der direkten Arbeit mit Radikalisierten ist es, durch aufsuchende Arbeitsansätze eine Arbeitsbeziehung aufzubauen und in der pädagogischen Arbeit den Ablösungsprozess von extremistischen Gruppierungen sowie das Hinterfragen gewalttätiger Ideologieelemente zu bewirken, um Deradikalisierungsprozesse zu ermöglichen. Im Vordergrund stehen bei dieser Arbeit das Fördern eigener Erkenntnisprozesse zum bisherigen Lebensverlauf und das biographische Verstehen der Gewalt-, Militanz- und Extremismuskarriere unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung von Feindbilddenken. Daraus folgend sollen die jungen Menschen wieder die Verantwortung für eine eigenständige Lebensführung übernehmen können. Im Rahmen der Ausstiegsgleitung im Bereich des religiös begründeten Extremismus ist es förderlich, die Klient\*innen in bestehende muslimische Communities und Gemeinden zu integrieren, die ihnen eine andere Sichtweise auf ihre Religion ermöglichen. Der „Ausstieg“ in diesem Feld von Extremismus erfordert, anders als z. B. im Bereich des Rechtsextremismus, eine stabile Neudefinition der Glaubensrichtung. Nicht der „Ausstieg“ aus dem Islam ist das Ziel, sondern die Abkehr von radikalen und menschenverachtenden Sichtweisen und der damit einhergehenden Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt.

## Darstellung der Wirkungslogik

Zielgruppe	Leistung	Erwartete Wirkung
Schüler*innen der Jahrgangsstufen 9 und 10 (und darüber hinaus), die Gefahr laufen könnten, sich zu radikalisieren	Workshops	„Grundimmunisierung“ gegen die Anwerbungsversuche von Rechtsextremist*innen, Salafist*innen und Hasspredigern – indirekt Verhinderung von Extremismuskarrieren
Lehrpersonal, Fachpersonal der Kinder- und Jugendhilfe, Polizei etc.	Fortbildungen	Verbesserter Umgang mit religiös oder politisch begründetem Extremismus im Beruf – indirekt Kommunikation auf Augenhöhe mit Jugendlichen
Fachkräfte der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung	Mentor*innen-Qualifizierungen, Workshops	Verbesserter Umgang mit Werte-Konflikten im Berufsalltag – indirekt Verbesserung der Lebensumstände des Kindes
Islamistisch bzw. rechtsextremistisch gefährdete Gewalttäter*innen in Haft	Deradikalisierungsstrainings	Distanz gegenüber Extremismus und menschenverachtenden Ideologien – indirekt Verhinderung weiterer extremistischer Straftaten
Eltern und Angehörige von Radikalisierten	Beratung	Verbesserter Umgang mit dem radikalisierten Kind – indirekt Auslösen von Distanzierungsprozessen bei Radikalisierten
Geflüchtete und ihr Umfeld	Beratung	„Grundimmunisierung“ gegen die Anwerbungsversuche von Salafist*innen – indirekt Verhinderung von Extremismuskarrieren Verbesserter Umgang mit religiös begründetem Extremismus, Kommunikation auf Augenhöhe
Radikalisierte junge Menschen (mit Gewaltpotenzial)	Einzeltraining	Distanz gegenüber Extremismus und menschenverachtenden Ideologien – indirekt Deradikalisierung und Prävention von Terrorismus



**Ressourcen,  
Leistungen und  
Wirkungen im  
Berichtszeitraum**

## Eingesetzte Ressourcen (Input)

2018 betragen die Personalkosten 3.390.876,69 € für 113 Mitarbeiter\*innen, darunter 66 Trainer\*innen. Die Sachkosten und Honorare betragen 2.334.131,28 €; darin enthalten sind die Kosten für 16 Trainer\*innen auf Honorarbasis.

## Erbrachte Leistungen (Output)

### Prävention

Im Rahmen der Präventionsarbeit an Schulen führte Violence Prevention Network 2018 199 Workshops für 3.572 Jugendliche sowie 255 Fortbildungen für 3.458 Multiplikator\*innen durch.

### Intervention

Im Rahmen der „Deradikalisierung im Strafvollzug“ führte Violence Prevention Network 6 Gruppentrainings mit insgesamt 44 Teilnehmenden und 84 Einzel- und Spezialtrainings in JVAen durch (gesamt = 128 TN).

### Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung

Im Rahmen der Beratung von Angehörigen im Kontext Islamismus konnte Violence Prevention Network insgesamt 233 Eltern bzw. Angehörige von radikalisierten jungen Menschen beraten.

Die Beratungsstellen konnten 2018 mit 196 islamistisch Gefährdeten einen Beratungsdiallog beginnen oder weiterführen bzw. eine Ausstiegsbegleitung durchführen. Im Phänomenbereich Rechtsextremismus waren es drei Personen, die beraten wurden bzw. mit denen ein Ausstiegsprozess begonnen werden konnte. Im Rahmen von Projekten mit Geflüchtetenbezug wurden 32 Beratungsfälle verzeichnet. 135 Institutionen wurden im Kontext religiös begründeter Extremismus bzw. Rechtsextremismus beraten.

### Im Rahmen der Förderung zum bundeszentralen Träger erbrachte Violence Prevention Network folgende Leistungen:

Das Anne-Frank-Zentrum organisierte im Juni 2018 in Kooperation mit Violence Prevention Network und der Bundeszentrale für politische Bildung einen eintägigen Fachkräfteaustausch für Multiplikator\*innen der politischen Bildung, Mitarbeiter\*innen von Justizvollzugsanstalten sowie Fachreferent\*innen der Justizministerien. Begleitet durch Impulsreferate und Workshop-Angebote wurden unterschiedliche Ansätze, Konzepte und Erfahrungen im Themenfeld der politischen Bildung und im Kontext des (Jugend-)Strafvollzugs mit 77 Teilnehmenden diskutiert.

Die Bundesarbeitsgemeinschaften BAG „Ausstieg zum Einstieg“ (Phänomenbereich Rechtsextremismus) sowie die BAG „Religiös begründeter Extremismus“ vernetzen bundesweit Akteur\*innen und Träger aus den beiden Phänomenbereichen. Violence Prevention Network wirkte innerhalb von acht Sitzungen aktiv bei der Gestaltung und Entwicklung der BAGen mit. Ziel ist es, die Kooperation und Vernetzung mit Trägern aus dem Arbeitsfeld im nationalen Rahmen zu befördern.

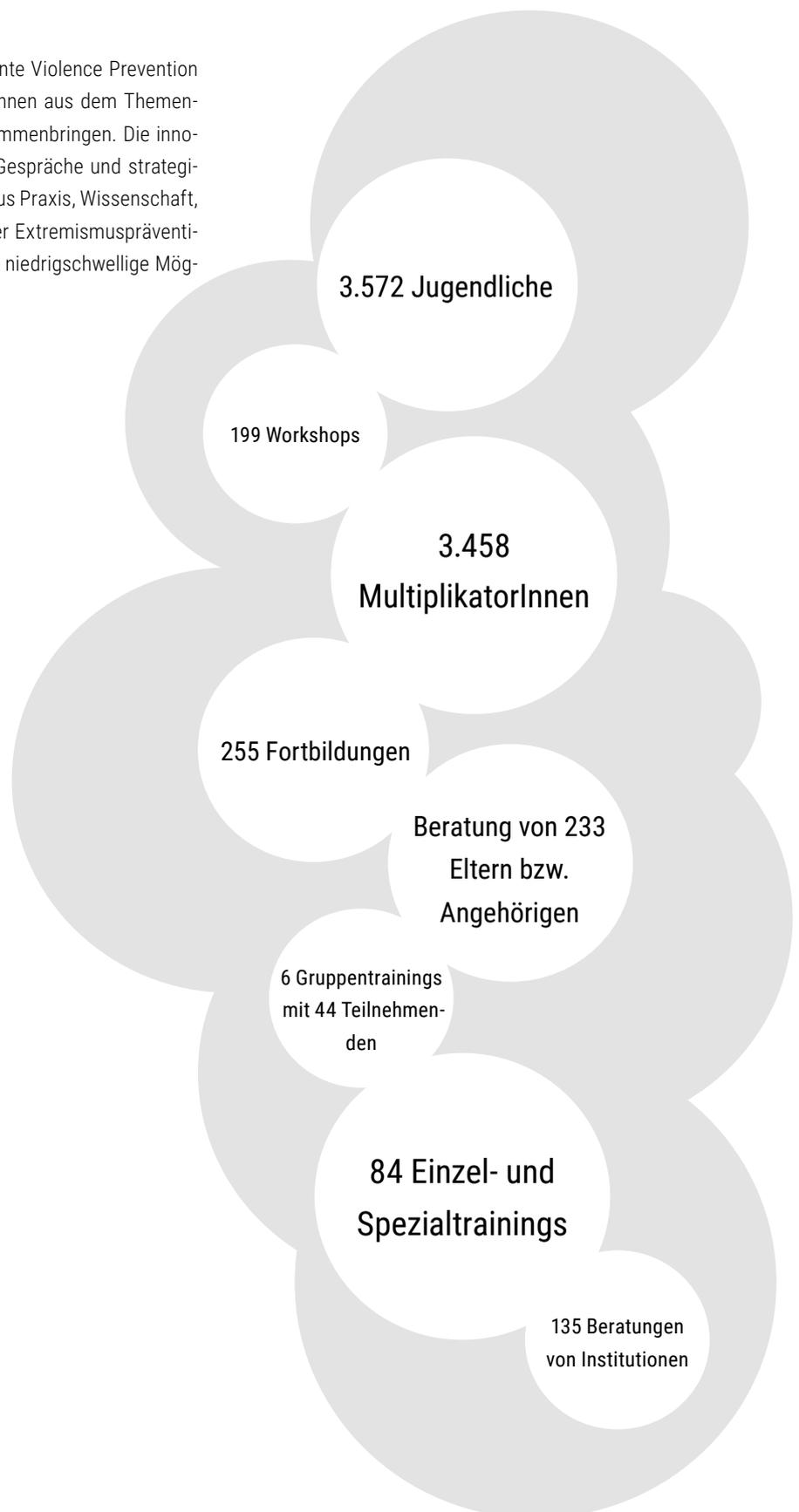
Zielführend für das gesamte Themenfeld bleibt die Vernetzung mit der Wissenschaft und deren Rückmeldung und Impulse in Richtung Praxis. Umgekehrt ist es Aufgabe von Praktiker\*innen, Leerstellen in Forschung und Lehre aufzuzeigen und sich über aktuelle Entwicklungen in den Phänomenbereichen auszutauschen. Dieser Diskurs fand auch 2018 in Form von Brown-Bag-Lunches statt, die dazu dienen, den Austausch von Wissenschaftler\*innen, Praktiker\*innen und Politiker\*innen zu intensivieren. Insgesamt 21 Teilnehmer\*innen sind der Einladung zu den Themen „Risk Assessment and Dehumanisation in the Context of Radicalisation“ (10 TN) und „Die Rolle von Gender im Rahmen von Radikalisierung und Terrorismus“ (11 TN) gefolgt.

Mitglieder der AG Strafvollzug sind die innerhalb der Fördersäule J (im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ) beauftragten Träger zur Umsetzung von Maßnahmen der Extremismusprävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Die AG Strafvollzug tagte 2018 zweimal (insgesamt 35 TN) mit dem Ziel der Einigung auf bundeszentrale Qualitätskriterien und methodische Standards und beförderte somit die Zusammenarbeit von Fachakteur\*innen. Zwei Projektträger der AG Strafvollzug wurden von Violence Prevention Network hinsichtlich der Absicherung und Verstetigung von Deradikalisierungsmaßnahmen zusätzlich beraten.

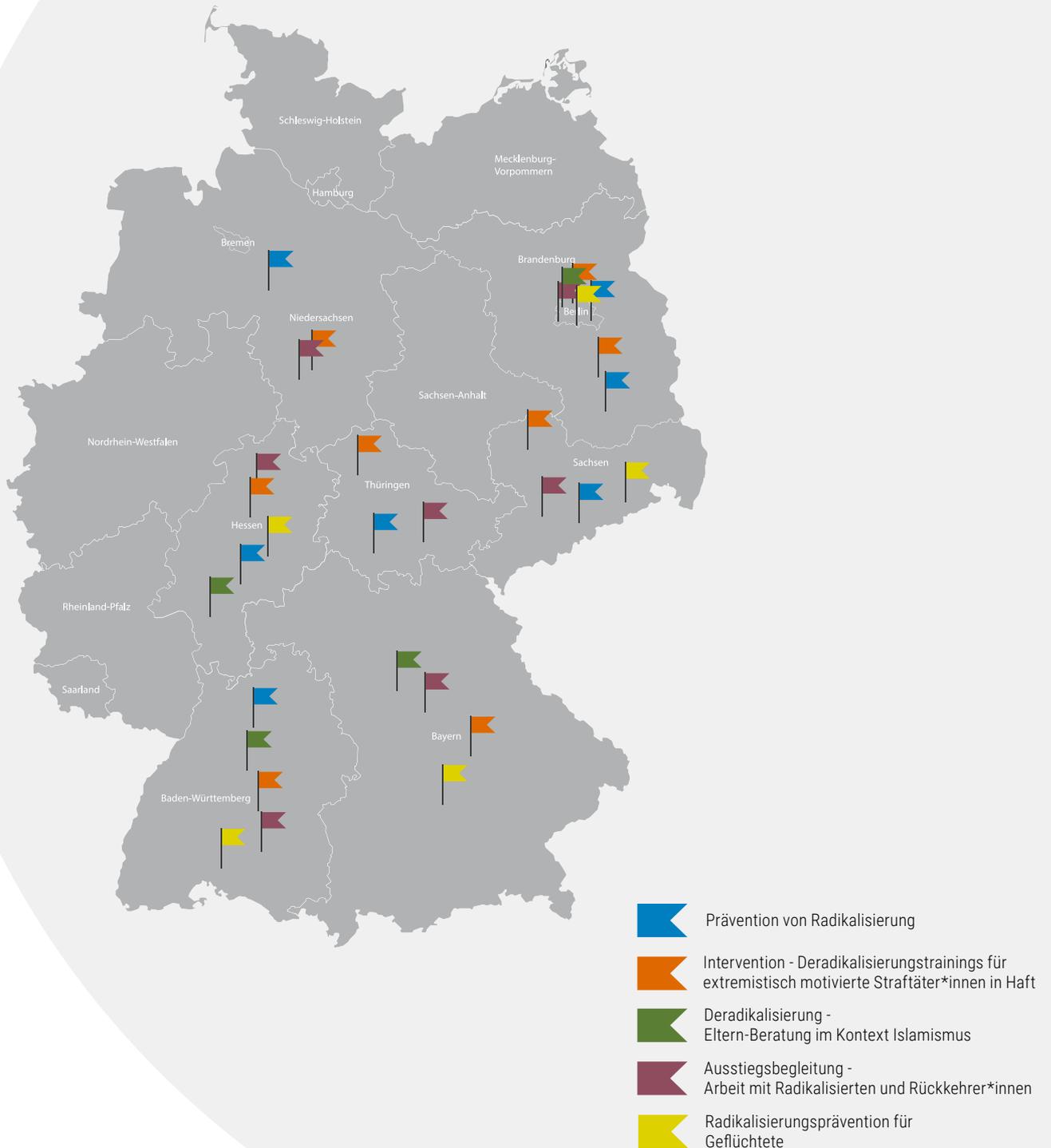
Für interessierte Projektträger der AG führte Violence Prevention Network eine Fortbildung (12 TN) zur Einschätzung des möglichen Gefahrenpotentials von Klient\*innen durch. In der Fortbildung wurde systematisiert dargestellt, welche Instrumente des „Risk Assessment“ in Deutschland Anwendung finden und welche Akteur\*innen über die Nutzung entscheiden. Ziel war eine Sensibilisierung hinsichtlich der Thematik „Risk Assessment“ sowie die Gewinnung von Erkenntnissen über Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit mit ideologisierten und radikalisierten Zielgruppen.

Die Zeitschrift *Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik* bereitet Erfahrungen und Erkenntnisse im Themenfeld über Zugänge, Methoden, Risiken, Erfolgskriterien und Standards für ein Fachpublikum auf. Der Abonnent\*innen Kreis umfasst 210 Personen. Im Jahr 2018 erschienen zwei Ausgaben mit den Schwerpunkten „Feindbilder“ und „Rückkehr“.

Mit einem Network-Event im Juni 2018 konnte Violence Prevention Network über 90 unterschiedliche Akteur\*innen aus dem Themenfeld an einem außergewöhnlichen Ort zusammenbringen. Die innovative Rahmung gab Raum für anregende Gespräche und strategische Planungen zwischen Vertreter\*innen aus Praxis, Wissenschaft, Medien, Politik sowie Unterstützer\*innen der Extremismusprävention. Der informelle Zusammenhang schaffte niedrigschwellige Möglichkeiten einer wirkungsvollen Vernetzung.



## Verbreitung der Ansätze



Stand: 2018

## Erreichte Wirkungen (Outcome/Impact)

Aufgrund umfangreicher Selbstevaluation sowie externer Evaluation gehen wir davon aus, dass die oben beschriebenen intendierten Wirkungen im Berichtszeitraum eingetreten sind.

Unsere Erkenntnisse basieren u.a. auf drei externen Evaluationen, die für die Projekte Beratungsstelle Hessen, Beratung für Angehörige im Kontext Islamismus (Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge) und European Practice Exchange (EPEX) durchgeführt wurden.

Die Arbeit der Beratungsstelle Hessen wurde von Juni 2016 bis Dezember 2017 evaluiert.<sup>1</sup> Im Fazit des Evaluationsberichtes wird der Beratungsstelle attestiert:

„Die „Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“ ist insgesamt konzeptionell, strukturell und bezogen auf ihre tatsächlich umgesetzten Arbeitsprozesse gut aufgestellt. Sie hat unter Bezugnahme auf die gegebenen Herausforderungen und den themenbezogenen Fachdiskurs über die Adressatengruppierungen, Zielsetzungen und Erfolgskriterien soweit spezifiziert, systematisiert und mit strukturellen Gegebenheiten sowie Arbeitsprozessen abgestimmt, dass Wirkungszusammenhänge aus Erfolgsfaktoren entstehen, die kohärent, konsistent und transparent erscheinen. Deshalb können Resultate erzielt werden, die den eigenen Zielerreichungsabsichten wie den Intentionen der Auftraggeber entsprechen, religiös konturiertem Extremismus im Namen des Islam entgegenzutreten, vorhandene Tendenzen dazu abzubauen, Verunsicherungen seitens des sozialen und institutionellen Umfelds Radikalierter beratend zu begegnen und ehemals extremistisch Involvierte bei ihren Distanzierungsbestrebungen zu unterstützen und sie dabei möglichst weitgehend in demokratische Kontexte zu (re)integrieren.“

Im Rahmen der Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge leistete Violence Prevention Network von April 2013 bis Dezember 2016 Beratung für Angehörige im Kontext Islamismus.<sup>2</sup> Zusammenfassend wurde den vier zivilgesellschaftlichen Akteuren eine wirkungsvolle Arbeit bestätigt. „Sowohl die Innen- als auch die Außensicht (Beratende, Vertreter/innen von Sicherheitsbehörden, Landeskoordinierungsstellen, zum Phänomenbereich arbeitende (De-)Radikalisierungsexpertinnen und -experten) bestätigen grundsätzlich, dass ein interdisziplinär aufgestelltes Team komplexe Radikalisierungsprozesse am besten einschätzen und bewerten und über zu ergreifende Maßnahmen entscheiden

kann. Weiterhin herrscht Einigkeit darüber, dass ein gemischtgeschlechtliches, interdisziplinäres, kultursensibles, multilinguales Team, das sich sowohl aus nichtmuslimischen als auch aus muslimischen Beratenden zusammensetzt, die Grundvoraussetzung dafür bereitstellt, auf Wünsche von Ratsuchenden hinsichtlich der Beratung eingehen zu können. Diese Aspekte befördern die Zugänglichkeit des Beratungsangebots. Sie waren im Verlauf des Evaluationszeitraums [...] bei allen Beratungsstellen gegeben.

[...] Die zielgerichtete Fokussierung auf aktuelle Entwicklungen und das sich anschließende effektive, effiziente, schnelle, direkte, wohlinformierte und in der Regel gut abgestimmte Reagieren auf Herausforderungen und Problemstellungen sowohl in der Beratungs- als auch in der Netzwerkarbeit zeichnet die BS im BAMF und ihr Netzwerk aus. Dies beeinflusst nicht nur die Beratungsarbeit und die Kooperation im Netzwerk wirkungsvoll und positiv, sondern gibt auch wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Arbeit im Handlungsfeld Beratung des sozialen Umfelds sich (potentiell) radikalisierender Personen [...].“

European Practice Exchange: Review and Evaluation<sup>3</sup>

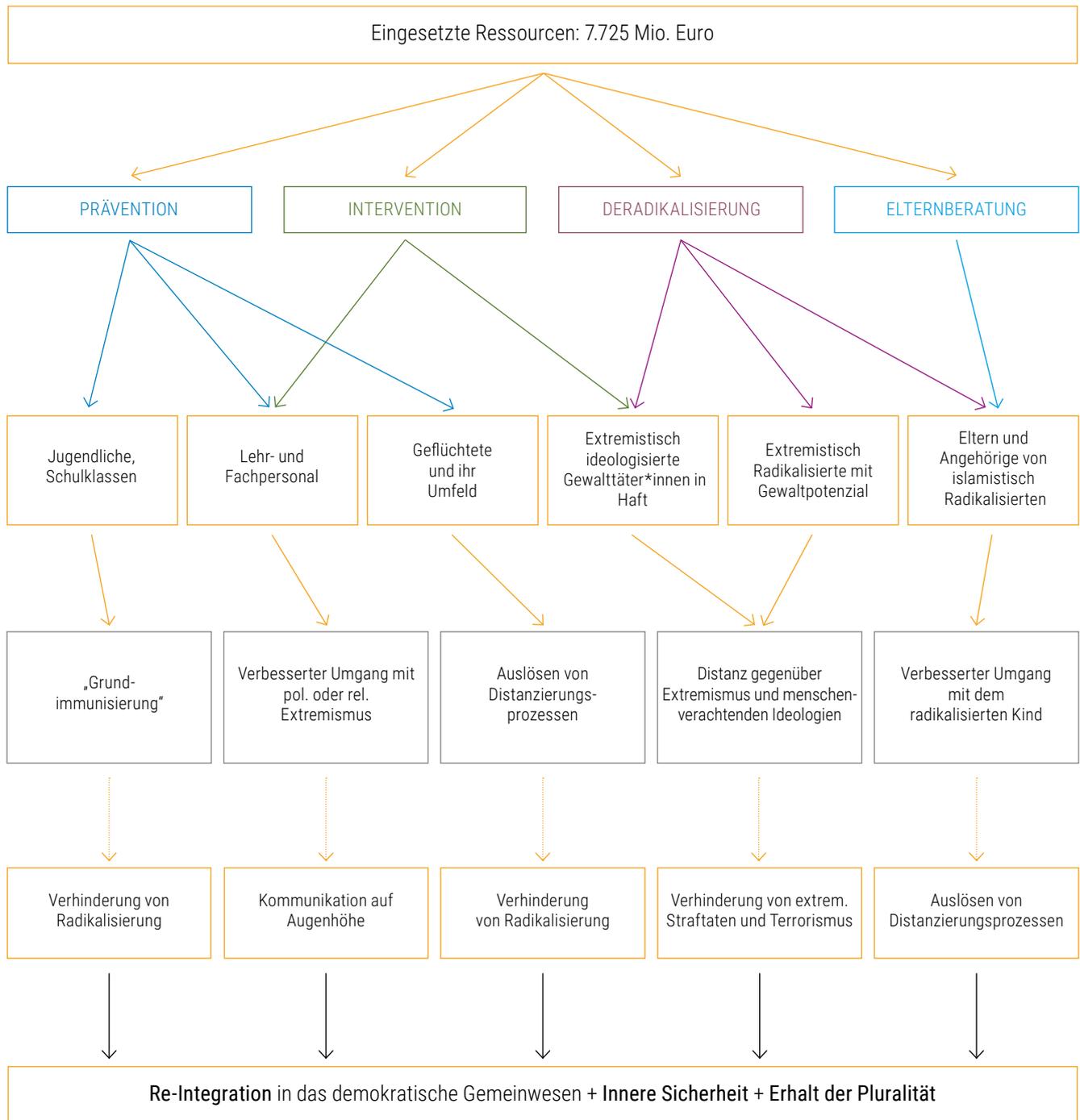
“The evidence from this review offers some potential signposts to what might constitute good practice. These are: it is undertaken by passionate, caring and energetic individuals who bring that energy and commitment to the projects they work on and to the people they engage with. It allows practitioners the freedom to make mistakes, take risks and be honest about failure, so others do not duplicate their mistakes. It also allows them to be reflexive about their work, be open to insights from different perspectives, and take into account the wider social context of radicalisation. It avoids instrumentalising individuals, communities or cultures and has the longterm aim of enabling people to change themselves and their environments and not change them.”

1 Möller, Kurt; Florian Neuscheler: Bericht über zentrale Ergebnisse der Evaluation der Beratungsstelle Hessen - Religiöse Toleranz statt Extremismus, Esslingen 2018

2 Uhlmann, Milena: Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“, Nürnberg 2017

3 Harris, Gareth: European Practice Exchange: Review and Evaluation, London 2016

Darstellungen der Ressourcen, Leistungen und Wirkungen im Berichtszeitraum



## Maßnahmen zur begleitenden Evaluation und Qualitätssicherung

### Qualitätsmanagement und Evaluation

Das hausinterne Qualitätsmanagementsystem von Violence Prevention Network zielt auf eine gleichbleibend produktive wie effektive Güte der Projektarbeit ab. Die Standardisierung der Handlungsabläufe ermöglicht Transparenz und klare Strukturen, die verlässlich für alle Mitarbeiter\*innen des Trägers gelten. Ausgangspunkt der Projektarbeit ist die Festlegung der jeweiligen Tätigkeitsfelder und Aufgabenschwerpunkte. Jedes Vorhaben wird durch die Projektleitung und -koordination gesteuert. Die weitere Zuordnung der Teammitglieder zu bestimmten Aufgabenfeldern erfolgt kompetenzorientiert. Zur Implementationsphase eines jeden Projektes wird den Beteiligten der Verfahrensablaufplan und das Berichtswesen vorgestellt. Im Verfahrensablaufplan sind Zuständigkeitsbereiche sowie projektrelevante Zielvorgaben festgelegt, innerhalb derer eigenverantwortliches Handeln durch die Mitarbeiter\*innen vorausgesetzt wird. Die

Projektfortschritte werden in einem „Zeit- und Maßnahmenplan“ vermerkt. Teilnehmer\*innendaten werden beim Träger unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinien erfasst, edv-technisch verarbeitet und z.T. statistisch ausgewertet. Darüber hinaus werden die pädagogischen Aktivitäten protokolliert. Für die verschiedenen Berichtsarten hat der Träger Vorlagen entwickelt, in denen die Mitarbeiter\*innen die Ergebnisse ihrer Arbeit festhalten.

### Externe Evaluation

Eine effektive und qualitativ hochwertige Projektarbeit bescheinigen Violence Prevention Network auch die extern durchgeführten Evaluationen, die obligatorischer Bestandteil einer umfassenden Projektumsetzung sind (siehe dazu auch Seite 20). Alle Evaluationsberichte stellt die Organisation im Internet unter [www.violence-prevention-network.de/publikationen](http://www.violence-prevention-network.de/publikationen) zur Verfügung.

## In 2018 begonnene, laufende bzw. abgeschlossene externe Evaluationen und Prozessbegleitungen

Projekt	Durchführende Institution	Evaluationszeitraum
Beratungsstelle KOMPASS (Berlin)	Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	2016 - 2018
DERAD Bayern - Mobile Maßnahmen zur Deradikalisierung im bayerischen Strafvollzug	Hochschule Esslingen	2017 - 2019
EXchange Brandenburg	Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	2017 - 2019
KogEx Hessen	Hochschule Esslingen	2017 - 2019
Fokus ISLEX Niedersachsen	VPN Wissenschaftsgesellschaft mbH	2017 - 2019
Prisma Sachsen	Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	2017 - 2019
Projekte in der Fördersäule J „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug/Bewährungshilfe“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	Deutsches Jugendinstitut	2018 - 2019
Evaluation des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS), hier: „Early Birds“	IMAP change und culture GmbH	seit 2018
Evaluation des Landesprogramms „Hessen - Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, hier: „Beratungsstelle Hessen“ und „Extremismus Entzaubern“	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik	seit 2018

## Vergleich zum Vorjahr: Grad der Zielerreichung, Lernerfahrungen und Erfolge

Nach Abschluss des partizipativen Gestaltungsprozesses im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des BMFSFJ für den Programmbereich „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ setzte Violence Prevention Network 2018 erfolgreich die implementierten Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in acht Bundesländern um. Die Neuaufstellung des Programmbereichs eröffnete auch vielen anderen Organisationen die Möglichkeit, in 2018 Deradikalisierungstrainings und Präventionsangebote im Strafvollzug der Bundesländer zu verankern (siehe dazu Seite 25).

Mit der Organisation *Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung (modus|zad)* haben die Gründer\*innen von Violence Prevention Network 2018 den Aufbau des neuen Arbeitsschwerpunktes „Forschung & Entwicklung“ weiter vorangetrieben. Ziel ist es, phänomenübergreifend - online und offline - neue Ansätze der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung praxisnah zu entwickeln, zu erproben und zu verbreiten. Die Organisation modus|zad wird in den nächsten Jahren weiter auf- und ausgebaut werden.

Auf internationaler Ebene konnte Violence Prevention Network unter dem Namen European Practice Exchange on Deradicalisation (EPEX) den Austausch von Firstline-Practitionern auf EU-Ebene fortsetzen.



## Planung und Ausblick

## Planung und Ziele

Für die Überführung der Deradikalisierungs- und Präventionsprogramme in Haft in eine langfristige finanzielle Absicherung ist mit der Eröffnung der neuen Fördersäule des BMFSFJ in 2017 der Grundstein gelegt. Die Schaffung des Programmbereichs „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ ermöglicht es vielen Trägern in Deutschland, ihre Ansätze in den Bundesländern umzusetzen. Die Bundesländer ihrerseits haben noch bis Ende 2019 Zeit, die Überführung erfolgreicher Ansätze in die Landeshaushalte vorzubereiten. Violence Prevention Network wird neben der Umsetzung seiner praktischen Programme zudem die bundesweite Entwicklung von gemeinsamen Standards und Qualitätskriterien koordinieren.

## Einflussfaktoren: Chancen und Risiken

Das Potential und die Reichweite der Deradikalisierungstrainings im Strafvollzug hängen sehr stark vom Gelingen einer Überführung in eine langfristige Finanzierung durch den Bund und die Länder ab. Derzeit (Stand: Juni 2019) ist die „Deradikalisierung im Strafvollzug“ in acht Bundesländern vertreten. Durch die Schaffung des Programmbereichs „Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ hat Violence Prevention Network die Möglichkeit, die Deradikalisierungs- und zudem die Präventionsmaßnahmen im Strafvollzug über 2019 hinaus finanziell abzusichern und mit den Ländern perspektivisch eine langfristige Übernahme in die Landeshaushalte zu verhandeln.

Bedingt durch die Ausreisen in Kriegsgebiete und die vermehrte Rekrutierung von jungen Menschen im Inland, sind die Beratungsstellen, die sich mit dem Phänomenbereich des religiös begründeten Extremismus befassen, in den Bundesländern gut ausgelastet. Die direkte Arbeit mit Radikalisierten birgt gleichwohl auch größere Risiken, da es sich um eine Zielgruppe handelt, die mitunter bereit ist, terroristische Akte auszuführen, die auch durch intensivste Betreuung nicht verhindert werden können. Auch die punktuellen Verdächtigungen einzelner Mitarbeiter\*innen, durch berufliche bzw. ehrenamtliche Kontakte eine zu große Nähe zu extremistischen Kreisen zu pflegen, schaden der Organisation als Ganzes und beschädigen das gute Renommee von Violence Prevention Network.

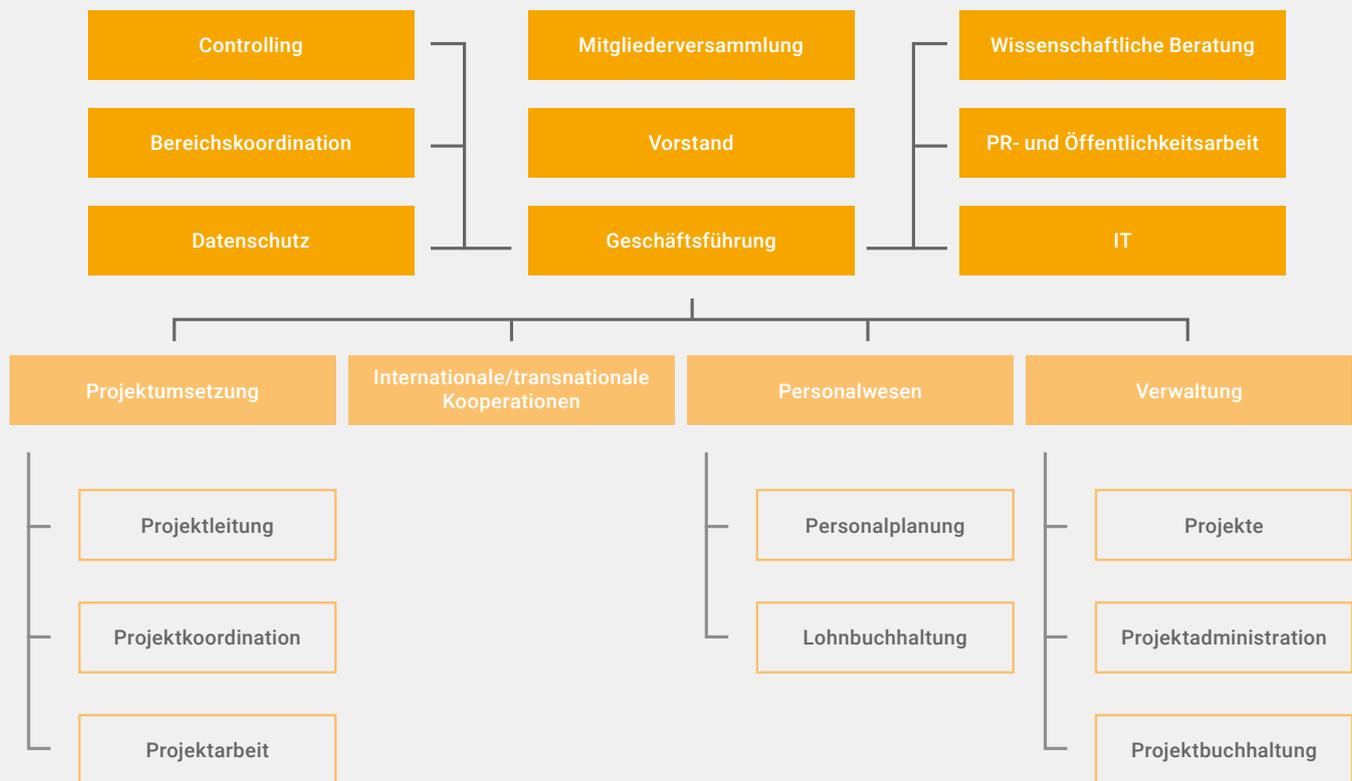
Das von Verfassungsschutz und BKA festgestellte Erstarren von gewalttätigen, rechtsextremen Szenen sowie von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen steigert die Notwendigkeit, wieder vermehrt Projekte im Bereich Rechtsextremismus zu implementieren und auch mit rechtsextremen Gefährder\*innen zu arbeiten. Violence Prevention Network plant daher, die Beratungsstellenkonzepte aus dem Bereich des religiös begründeten Extremismus auf den Phänomenbereich Rechtsextremismus zu übertragen.

Die erfolgreiche Implementierung von *modus/zad* und die Etablierung von eigenen Forschungsprojekten lässt darauf schließen, dass die Ausweitung auf den Sektor „Forschung & Entwicklung“ in den nächsten Jahren vielversprechend weitergehen wird.

Insgesamt gilt, wie auch schon in den vergangenen Jahren, dass Violence Prevention Network seine Angebote im Wesentlichen aus öffentlichen Geldern finanziert, die über Ausschreibungen (EU-Ebene), Beantragung von Mitteln aus Sonderprogrammen zur Extremismusbekämpfung (Bundesebene) und Auftragsarbeiten (Landesebene) akquiriert werden. Der Verein erwirtschaftet durch Bußgeldmarketing und Einwerben von Spenden zusätzliche kleinere Summen, die derzeit weitere pädagogische Angebote finanzieren bzw. Ausgaben decken, die nicht aus öffentlichen Mitteln getragen werden können. Diese Geldquellen unterliegen alle extremen Schwankungen und lassen nur begrenzt Planungssicherheit zu.



## Organisationsstruktur und Team



## Vorstellung der handelnden Personen

**Judy Korn** wurde am 28.10.1971 geboren und ist in Berlin aufgewachsen. Sie ist Dipl.-Erziehungswissenschaftlerin, außerdem Gründerin und Geschäftsführerin von Violence Prevention Network.

Judy Korn hat sich schon zu Schulzeiten politisch engagiert und mit extremistischer, vorurteilsmotivierter Gewalt auseinandergesetzt. Nach mehrjähriger Arbeit im öffentlichen Dienst kehrte sie der „Lebensstellung“ in der Verwaltung den Rücken und schuf sich mit der Gründung von Violence Prevention Network die Möglichkeit, ihre eigenen Ideale umzusetzen und die Gesellschaft maßgeblich mitzugestalten.

*Judy Korn wurde 2007 als Ashoka Fellow ausgezeichnet.*

**Thomas Mücke** wurde am 02.05.1958 geboren. Er ist Gründer und Geschäftsführer von Violence Prevention Network, Dipl.-Pädagoge und Dipl.-Politologe.

Sein gesamtes berufliches Schaffen hat er von Beginn an der Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen gewidmet. Er ist als Trainer und Ausbilder für Mediation sowie das Antigewalt- und Kompetenztraining AKT® tätig. Als Dozent, Referent und Coach arbeitet er bundesweit zu den Themenschwerpunkten: Radikalisierung und Deradikalisierung, politischer Extremismus sowie Konzepte und Methoden der Anti-Gewaltarbeit.

Violence Prevention Network ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Deradikalisierung extremistisch motivierter Gewalttäter\*innen sowie der Extremismusprävention tätig sind. Unterschiedliche Professionen sowie Konfessionen zeichnen die weiblichen wie männlichen Mitglieder des Teams aus. Die Diversität der Mitarbeiter\*innen ist jedoch nicht nur dem Gender- und Diversity-Mainstreaming geschuldet, sondern vielmehr Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche pädagogische Arbeit.

### Partnerschaften, Kooperationen und Netzwerke

Violence Prevention Network arbeitet seit Jahren mit unterschiedlichen Partnern vertrauensvoll zusammen.

- Das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** ist seit 2017 unser Kooperationspartner im Projekt „Beratung im Themenfeld Geflüchtete“ in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen und Sachsen.
- Das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** setzt als Finanzier mit Violence Prevention Network richtungsweisende Modellprojekte um und fördert den Verein als bundesrelevanten Träger im Rahmen der Strukturförderung.
- Das **Bundesministerium des Innern** fungiert als informeller fachlicher und finanzieller Unterstützer unserer Arbeit und lädt Violence Prevention Network zu Präsentationen seiner Arbeit im nationalen und internationalen Kontext immer wieder ein.
- **Ashoka Deutschland** ist für Violence Prevention Network ein wichtiges Markenzeichen und Gütesiegel. Die Fellowship funktioniert als Türöffner bei Politik und Behörden sowie Gesprächen mit potentiellen Unterstützer\*innen.
- Das **Hessische Ministerium des Innern und für Sport** ist seit 2014 Kooperationspartner bei der Realisierung von Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung im Land Hessen.
- Die **Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ der Senatsverwaltung für Inneres und Sport** ist seit 2016 Kooperationspartner bei der Realisierung von Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung im Land Berlin.
- Das **Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr** ist mit dem **Bayerischen Landeskriminalamt** seit 2016 Kooperationspartner bei der Realisierung von Maßnahmen der Intervention und Deradikalisierung im Land Bayern.
- Das **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Thüringen** ist seit 2017 Kooperationspartner bei der Realisierung von Maßnahmen in den Bereichen Prävention und Intervention.
- Das **Sächsische Staatsministerium für Gleichstellung und Integration** ist seit 2017 Kooperationspartner bei der Realisierung von Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung im Land Sachsen.
- Das **Niedersächsische Justizministerium** ist seit 2016 unser Partner bei der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe.
- Auf internationaler Ebene ist Violence Prevention Network sehr gut mit den Akteuren der Deradikalisierungsarbeit im europäischen Raum vernetzt. Hinzu kommt die Mitgliedschaft im **Radicalisation Awareness Network** der Europäischen Kommission und dort insbesondere die Leitung der Working Group EXIT.



# Organisationsprofil

## Organisationsprofil

### Allgemeine Angaben

Name	Violence Prevence Network e. V.	
Sitz der Organisation	Berlin	
Gründung	2004	
weitere Niederlassungen	Bergmannstraße 5, 10961 Berlin Langhansstraße 146, 13086 Berlin Alt-Moabit 104, 10559 Berlin Leipziger Straße 67, 60487 Frankfurt Lange Straße 8, 70173 Stuttgart Schillerstraße 27, 80336 München Werner-Hilpert-Straße 21, 34117 Kassel Königstraße 18, 01097 Dresden Anger 35, 99084 Erfurt Ferdinandstr. 3, 30175 Hannover	
Rechtsform	eingetragener Verein	
Kontaktdaten		
Adresse	Alt-Moabit 73, 10555 Berlin	
Telefon	Tel.: + 49 30 91 70 54 64	
Fax	Fax: + 49 30 39 83 52 84	
E-Mail	post@violence-prevention-network.de	
Website (URL)	www.violence-prevention-network.de	
Link zur Satzung (URL)	<a href="https://violence-prevention-network.de/ueber-uns/zahlen-fakten/jahresberichte-und-mehr/">https://violence-prevention-network.de/ueber-uns/zahlen-fakten/jahresberichte-und-mehr/</a>	
Registereintrag		
Registergericht	Amtsgericht Charlottenburg	
Registernummer	244 27 B	
Datum der Eintragung	11. April 2005	
Angabe der Gemeinnützigkeit gemäß §52 Abgabenordnung		
Datum des Feststellungsbescheids	07.04.2017	
Ausstellendes Finanzamt	Finanzamt für Körperschaften I, Berlin	
Erklärung des gemeinnützigen Zwecks	Förderung der Kriminalprävention	
Arbeitnehmer*innenvertretung	Nicht vorhanden	
	2017	2018
Anzahl Mitarbeiter*innen	123	130
davon hauptamtlich	106	113
davon Honorarkräfte	16	16
davon ehrenamtlich	1	1

## Governance der Organisation

### Leitungs- und Geschäftsführungsorgan

Der **Vorstand als Leitungsorgan** ist ein formell nötiges Organ der Körperschaft, das die Geschäfte des Vereins juristisch verantwortet. Er ist nur zu zweit unterschreibungsberechtigt.

- > Vorsitzende:  
Judy Korn (Gründerin und Geschäftsführerin), hauptamtlich
- > Vorstandsmitglied:  
Thomas Mücke (Gründer und Geschäftsführer), hauptamtlich
- > Vorstandsmitglied:  
Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (ehrenamtlich)

Alle Vorstandsmitglieder sind laut Satzung vertretungsberechtigt.

Das **Geschäftsführungsorgan** steuert die Aktivitäten des Vereins und trifft alle operativen Entscheidungen. Es ist inhaltlich für die Geschäfte des Vereins verantwortlich und besteht aus den zwei Gründer\*innen von Violence Prevention Network:

- > Judy Korn, Geschäftsführung, hauptamtlich
- > Thomas Mücke, Geschäftsführung, hauptamtlich

### Aufsichtsorgan

Die **Mitgliederversammlung** von vier Personen (2018) tagt einmal jährlich und zusätzlich bei Bedarf. Alle Mitglieder sind stimmberechtigt. Die Tätigkeiten als Vorstand oder Mitglied erfolgen ehrenamtlich.

### Interessenskonflikte

Die Geschäftsführung ist auch Teil des Vorstandes. Aus diesem Grund sind für den rechtsgültigen Geschäftsabschluss immer zwei Unterschriften aus dem dreiköpfigen Vorstand notwendig.

### Internes Kontrollsystem

Für das interne Controlling ist Melanie Paul (Violence Prevention Network) zuständig. Alle Geschäftsvorgänge werden nach dem Vier-Augen-Prinzip durchgeführt.

## Eigentümer\*innenstruktur, Mitgliedschaften und verbundene Organisationen

### Eigentümer\*innenstruktur der Organisation

Als eingetragener Verein verfügt Violence Prevention Network nicht über Eigentümer\*innen.

### Mitgliedschaften anderer Organisationen

Violence Prevention Network verfügt über keine Beteiligungen an anderen Organisationen.

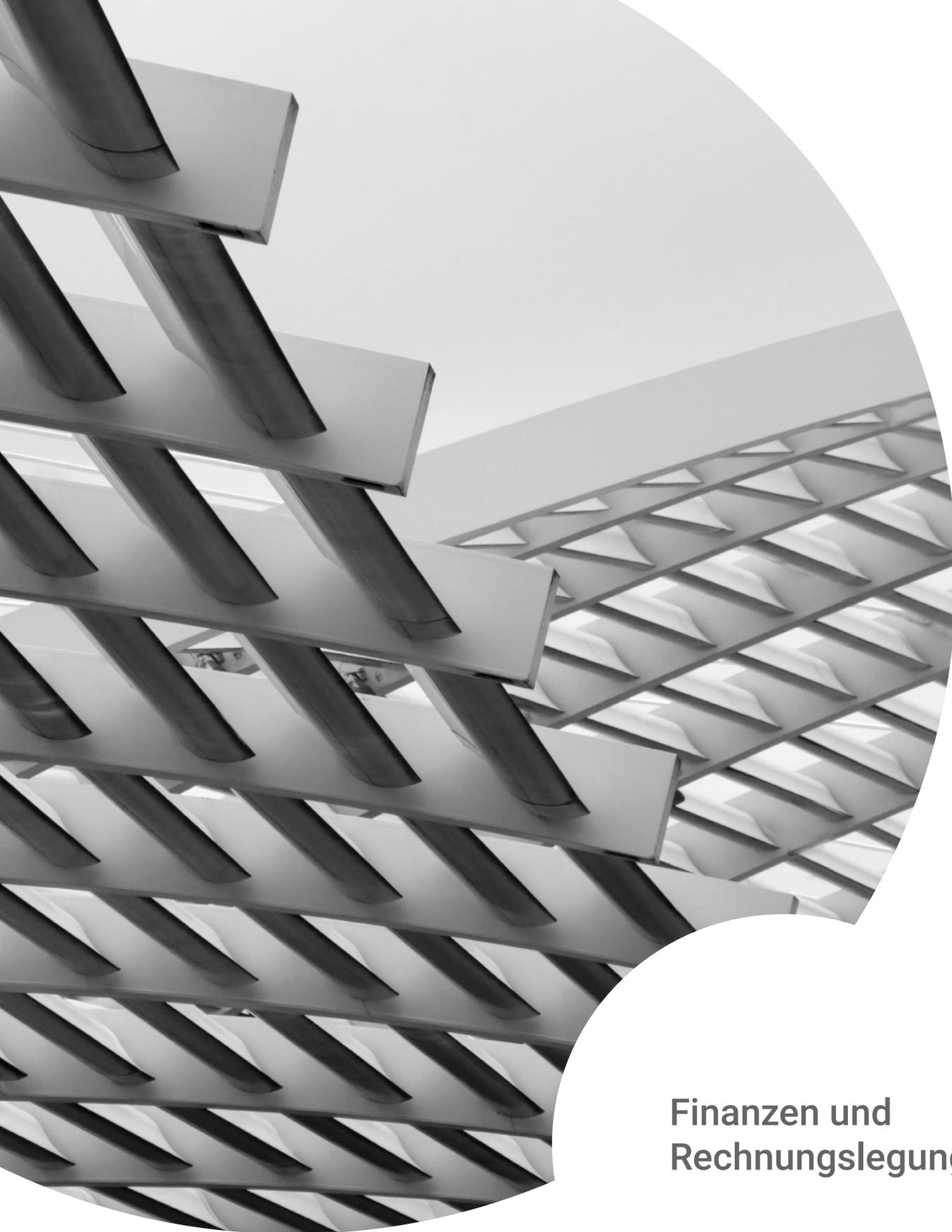
### Verbundene Organisationen

Violence Prevention Network ist mit der VPN Wissenschaftsgesellschaft mbH verbunden.

## Umwelt- und Sozialprofil

Violence Prevention Network achtet bei der Stellenbesetzung und Akquise von festen und freiberuflichen Mitarbeiter\*innen auf Geschlechterparität. Violence Prevention Network legt großen Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Mitarbeiter\*innen entscheiden selbständig (in Absprache) über Arbeitszeit und Arbeitsort. Dies führte bisher zu überdurchschnittlichem Engagement und großer Verantwortungsübernahme in den einzelnen Arbeitsbereichen. Bei Reisen nutzen die Mitarbeiter\*innen von Violence Prevention Network, wenn möglich, die Bahn.

Alle Beschäftigten von Violence Prevention Network werden in Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD Bund) bzw. der Honorarordnung der Bundeszentrale für politische Bildung vergütet. Violence Prevention Network zahlt keine Zuschläge oder Sachbezüge. Die Eingruppierung erfolgt je nach Verantwortungsbereich. Aufträge werden nach der VOL ausgeschrieben.



## Finanzen und Rechnungslegung

## Buchführung und Rechnungslegung

Die Buchführung erfolgt nach der Methode der doppelten Buchführung. Als Buchhaltungsprogramm wird LEXWARE Professional 2018 genutzt. Die Jahresabschlusserstellung erfolgt nach den Maßgaben des HGB.

Der Jahresabschluss wird in enger Zusammenarbeit mit der internen Buchführung und dem internen Controlling durch eine externe Steuer-

beratungsgesellschaft (C.O.X. Steuerberatungsgesellschaft und Treuhandgesellschaft mbH, Berlin) erstellt und anschließend durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hamburger Treuhand Gesellschaft Schomerus & Partner mbB) geprüft. Die interne Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt durch die Geschäftsführung von Violence Prevention Network e. V.

## Vermögensrechnung

### Aktiva

TEUR	2016	2017	2018
I. Immaterielles Vermögen (z.B. Software)	45	96	104
II. Sachanlagen	49	119	106
davon Immobilien	0	0	0
III. Finanzanlagen	0	0	0
IV. Forderungen	99	233	197 <sup>4</sup>
davon gegen Mitglieder oder Gesellschafter*innen	0	0	0
V. Liquide Mittel	656	972	844
<b>Summe Vermögen</b>	<b>849</b>	<b>1.420</b>	<b>1.251</b>

### Passiva

TEUR	2016	2017	2018
I. Aufgenommene Darlehen	0	0	0
davon von Mitgliedern oder Gesellschafter*innen	0	0	0
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12	11	1
III. Sonstige Verbindlichkeiten	139	495	395 <sup>5</sup>
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>151</b>	<b>506</b>	<b>396</b>
Saldo Aktiva abzgl. Verbindlichkeiten (= Eigenkapital + Rückstellungen)	698	914	855
davon zweckgebundene Mittel	151,8	98,2	5,7

<sup>4</sup> In den Forderungen 2018 sind Rechnungsabgrenzungen i. H. v. 9,4 TEUR enthalten.

<sup>5</sup> Darin enthalten sind ca. 95,1 TEUR nicht verbrauchte Fördermittel, deren Rückzahlung in 2019 erfolgte.

## Einnahmen und Ausgaben

### Einnahmen

TEUR	2016	2017	2018
1. Erlöse	832	1.120	925
davon aus öffentlichen Aufträgen	808	1.080	902
2. Zuwendungen	3.146	4.694	6.530
davon aus öffentlichen Aufträgen	2.991	4.613	6.437
3. Beiträge	1	1	0
4. Sonstige Einnahmen	126	106,5	270
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>4.105</b>	<b>5.921,5</b>	<b>7.725</b>

### Ausgaben

TEUR	2016	2017	2018
A1. Projektkosten	2.729	5.094	6.434
A2. Werbekosten	195	112,5	137
A3. Verwaltungskosten	792 <sup>6</sup>	360 <sup>7</sup>	552 <sup>8</sup>
4. Finanzierungskosten	0	0	0
5. Steuern	0	0	0
6. Sonstige Ausgaben	389	355	602
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>4.105</b>	<b>5.921,5</b>	<b>7.725</b>
<b>Jahresergebnis (Einnahme abzgl. Ausgaben)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0<sup>9</sup></b>

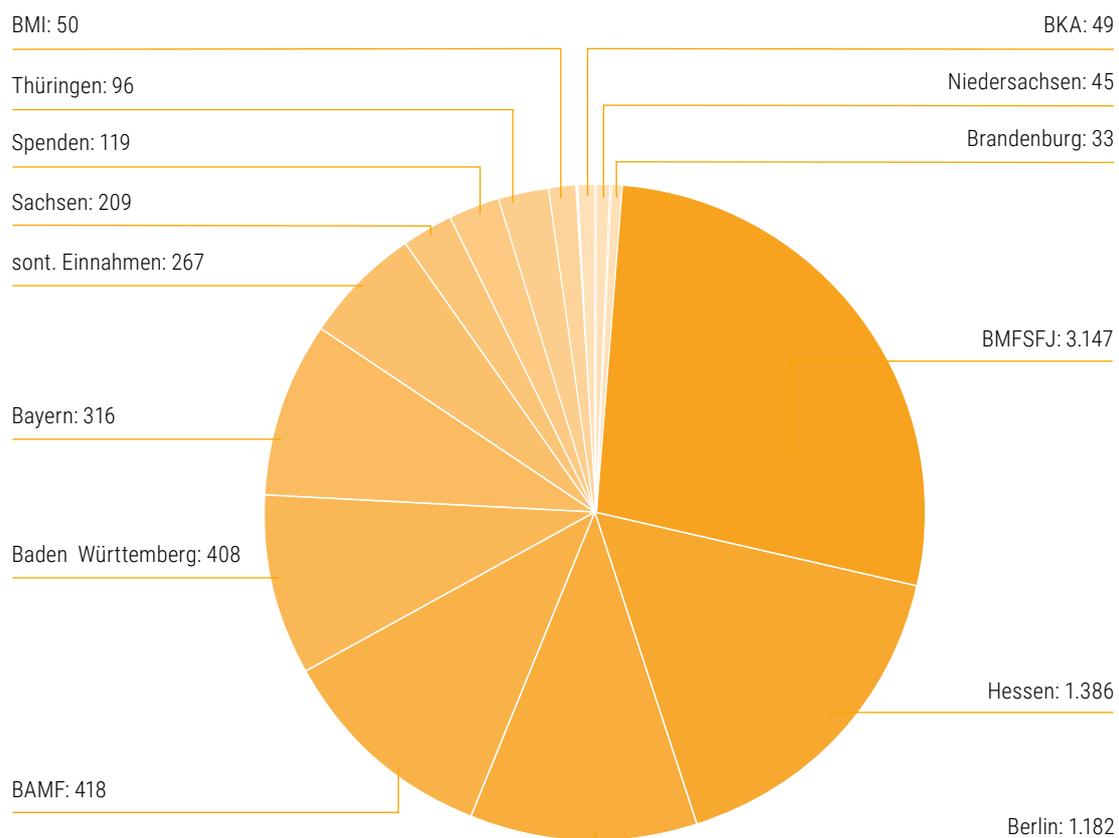
<sup>6</sup> Die Kosten für die Administration der Projekte sind hier vollständig enthalten.

<sup>7</sup> Dieser Posten stellt den tatsächlichen Verwaltungsaufwand für die Organisation dar.

<sup>8</sup> Dieser Posten stellt den tatsächlichen Verwaltungsaufwand für die Organisation dar.

<sup>9</sup> Die Überschüsse aus den Jahren 2015, 2016 und 2017 wurden den Rücklagen zugeführt.

### Verteilung in TEUR



Gesamtbudget 2018 = 7.725.000,00 €

### Finanzielle Situation und Planung

Die finanzielle Situation ist aufgrund von Auszahlungsmodalitäten der Mittelgeber zeitweise angespannt, kann aber durch wirtschaftliches und sparsames Handeln der Organisation überbrückt werden. Geplant

ist, in Zukunft mehr Projekte zu akquirieren, die sich durch vorteilhaftere Auszahlungsmodalitäten auszeichnen und weniger bzw. keine Vorfinanzierung durch Violence Prevention Network erfordern.

## Impressum

Violence Prevention Network e. V.  
Judy Korn, Thomas Mücke - Geschäftsführung  
Alt-Moabit 73  
10555 Berlin

Tel.: (030) 917 05 464  
Fax: (030) 398 35 284  
post@violence-prevention-network.de  
www.violence-prevention-network.de

Eingetragen im Vereinsregister beim  
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg  
unter der Vereinsregisternummer: 244 27 B

Bildnachweis:  
Violence Prevention Network/Sven Klages  
Violence Prevention Network/Rita Eggstein  
shutterstock.com/Unconventional  
shutterstock.com/pizla09  
shutterstock.com/frankie's  
shutterstock.com/NCS Production  
shutterstock.com/BOOCYS  
shutterstock.com/Who is Danny  
shutterstock.com/NCS Production

Gestaltung:  
part | [www.part.berlin](http://www.part.berlin)

Spenden sind herzlich willkommen!

Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE1410020500001118800  
BIC: BFSWDE33BER

Oder online über [www.violence-prevention-network.de](http://www.violence-prevention-network.de)

[www.facebook.de/violencepreventionnetworkdeutschland](https://www.facebook.de/violencepreventionnetworkdeutschland)  
[www.twitter.com/VPNderad](https://www.twitter.com/VPNderad)

Besuchen Sie unseren Blog: [www.interventionen.blog](http://www.interventionen.blog)

[www.violence-prevention-network.de](http://www.violence-prevention-network.de)